

**Bezugspreis:**  
Vierteljährlich 30.— M., monatlich 10.— M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
druck: Monatlich 10.— M., einjährig 100.— M.,  
Bezugsgebühren. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, das Saar- und  
Schlesien, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Ostens, Ostpreußen,  
Litauen und Angerburg 20.— M., für  
das übrige Ausland 25.— M. Ein-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Belustigung“ und der  
Beilage „Erziehung und Kirmesreisen“  
erscheint wochentlich zweimal, Son-  
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Einzelnenpreis:**  
Die achtspaltige Sonntagsbeilage  
koster 500 M. „Kleine Anzeigen“  
das in jeder Zeile 150 M. (10-  
minütig zum fertigen Druck) jeder  
weiteren Zeile 1.— M. Stellenanzeigen  
und Schlafstellenanzeigen das erste  
Wort 1.— M., jedes weitere Wort  
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Zeile 1.— M.  
Die Beilege enthalten sich einschließ-  
lich Zustellungskosten.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonntag, den 6. August 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Die Steuervorlagen der Regierung.

Berlin, 6. August. (Amtlich.) Die Beratung des Reichs-  
kabinetts über die neuen Steuern ist zu einem gewissen  
Abschluss gekommen. Ueber die gesamten Steuerpläne des Reichs-  
finanzministeriums kann folgender Ueberblick gegeben werden.

- Es liegen folgende Gesetzesentwürfe vor:
1. Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des  
Zuckersteuergesetzes. Erhöhung der Zuckersteuer von 14  
auf 100 M. für 100 Allogramm.
  2. Entwurf eines Sälzstoffgesetzes.
  3. Entwurf eines Gesetzes über das Branntwein-  
monopol. Erhöhung der Heilquellensteuer von 800 auf  
mindestens 4000 M., unter gleichzeitiger völliger Umarbeitung und  
Vereinfachung des Gesetzes.
  4. Entwurf eines Gesetzes betreffend Erhöhung  
einzelner Verbrauchssteuern:
    - a) Erhöhung der Leuchtstoffsteuer auf das Bierfache.
    - b) Verdoppelung der Zündwarensteuer und der Mineral-  
wassersteuer.
    - c) Erhöhung der Biersteuer auf das Bierfache, unter  
gleichzeitiger Erweiterung der Spannung zwischen dem höchsten  
— 50 M. — und dem niedrigsten Steuerfuss — 41 M. —
    - d) Beseitigung der Ermäßigung der Tabaksteuerfuss — § 86  
des Tabaksteuergesetzes —, unter gleichzeitiger Umgestaltung der  
obersten Steuerklasse für fein geschnittenen Rauchtabak, Pfeifen-  
tabak, Rau- und Schnupftabak.
  5. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung von  
Zöllen — Erhöhung der Zollfuss für Bananen, Datteln, Kaffee,  
Tee, Gewürze, Kakao und Schokolade, sowie für eine Reihe von  
Waren, die für den allgemeinen Verbrauch nicht wesentlich sind  
oder nur dem Luxus dienen.
  6. Entwurf eines Gesetzes über die Abände-  
rung des Kohlensteuergesetzes — Erhöhung der Kohlensteuer auf  
80 v. H. des Wertes unter gleichzeitiger Ermäßigung des Reichs-  
ministers der Finanzen, die Steuer vorübergehend auf 25 v. H. zu  
ermäßigen.
  7. Entwurf eines Kennwertgesetzes — Zulassung von  
Buchmacherwerten.
  8. Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes — wesent-  
liche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer unter Einbeziehung der  
Zustrafkraftwagen.
  9. Entwurf eines Versicherungssteuergesetzes. — Die  
gegenwärtigen im Reichsstempelgesetz vorgesehenen niedrigen  
Steuerfuss sollen erhöht und die Steuerbefreiung ein-  
gestrichelt werden. Der Steuerfuss soll für Feuer-  
versicherungen auf unbewegliche Gegenstände 15 Pf., auf beweg-  
liche Gegenstände 40 Pf., für 1000 M. betragen unter entsprechender  
Berücksichtigung für Wohnversicherungen, Lebensversicherungen  
4 vom Hundert der Prämie.
  10. Entwurf eines Gesetzes betreffend Ab-  
änderung des Umsatzsteuergesetzes. — Verdoppelung der Um-  
satzsteuer unter gleichzeitiger Einschränkung der Befreiungsvorschriften  
bei der Einfuhr und Ausfuhr, wobei jedoch den Bedürfnissen des Aus-  
fuhrhandels Rechnung getragen werden soll. Möglichkeit der Vereinfachung  
der Luxussteuer. Erhöhte Umsatzsteuer für Luxusgüter, mit  
Zuschlagsrecht der Gemeinden. Der bisherige Beteiligungsfuss  
der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer soll unverändert  
bleiben.
  11. Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung  
des Körperschaftsteuergesetzes. — Die Körperschaftsteuer soll bei  
den Erwerbsgesellschaften 30 vom Hundert des gesamten steuerbaren  
Einkommens betragen. Die bisherigen steuerlichen Begünstigungen  
der Schachtelgesellschaften sollen abgeschwächt, die Er-  
höhung der Körperschaftsteuer durch eine Milderung der Besteuerung  
des Dividendeneinkommens in der Hand der Besitzer teilweise aus-  
geglichen werden. —
  12. Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes.  
Unter vollständiger Umgestaltung des Reichsstempelgesetzes,  
aus dem die Besteuerung der Kennwerten Versicherungen und  
Kraftfahrzeuge in besondere Gesetz übernommen worden ist, sollen  
die Kapitalbildung dienenden Vorgänge in dem Kapitalverkehrs-  
steuergesetz zusammen besonders behandelt werden. Hierunter fallen  
Begründung von Gesellschaften, bei denen die Beteiligung auf  
Kapitaleinlagen beschränkt ist. Hieron ist insbesondere die Be-  
steuerung der Aktiengesellschaften mit 7 Prozent zu erwähnen. Das  
System der Börsensteuer soll unter Vornahme von beträchtlicher  
Vereinfachung belassen werden, jedoch unter Erhöhung der  
Sätze für Dividendenzinse, insbesondere Aktien. Die  
Steuer soll hierfür für Kundengeschäfte auf 6 Prozent  
erhöht, jedoch beweglich gestaltet werden, damit sie sich jeweils  
der wirtschaftlichen Lage anpassen kann. Weiter ist die Möglichkeit  
der Besteuerung des Devisenhandels geschaffen. Die  
letzte Maßnahme soll aber erst Platz greifen, wenn es die wirt-  
schaftlichen Verhältnisse angezeigt erscheinen lassen. Die Börsen-  
umsatzsteuer soll auch die Gewährung von Bezugsrechten  
ergreifen. Endlich enthält das Gesetz eine Gewerbeaufsicht.

ungssteuer, die gelegt wird auf Erwerb von ganzen Ge-  
schäftsunternehmungen und Sondervermögen und eine Ergänzung  
der Umsatzsteuer bildet.

13. Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes. Das  
Reichsnotopfer muß der fortschreitenden Entwertung der  
Mark und der Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, denen  
es nach seiner Anlage nicht Rechnung tragen konnte, angepaßt  
werden. In erster Linie entbehrt das Festhalten an einem be-  
stimmten Stichtag, der nicht nur über die Steuerpflicht, sondern  
auch über den Vermögensstand und die Bewertung des Vermögens  
entscheidet, bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gestaltung, die  
jeder Schwankung der Mark folgt, der sachlichen Berechtigung. Bei  
dem Reichsnotopfer werden Vermehrungen des Vermögens und  
Wertveränderungen, die nach dem 31. Dezember 1919 eingetreten sind,  
grundsätzlich nicht, Wertminderungen nur im engen Rahmen berück-  
sichtigt. Neu gebildete Vermögen werden von ihm  
nicht erfaßt. Die Ablösung des Reichsnotopfers, das auf der  
Grundlage einer besseren Mark errechnet worden ist, kann mit der  
schlechteren vorgenommen werden. Es läßt mithin gerade diejenigen  
im weiten Umfang unberücksichtigt, die im wahren Sinne des Wortes  
Nahleser der Geldentwertung geworden sind. Das Reichsnotopfer  
stellt aber weiter deshalb eine unzulängliche Erfassung  
des tragfähigen Vermögens dar, weil die gegebenen Be-  
wertungsregeln unter dem Grundfuss einer besonderen  
Schonung der Sachwerte stehen. Eine Berücksichtigung  
der Sachwerte gegenüber dem reinen  
Kapitalvermögen erscheint unter den gegen-  
wärtigen Verhältnissen nicht mehr vertretbar.  
Während das Kapitalvermögen sich bei gleichbleibendem Nennbetrage  
wirtschaftlich mit der sinkenden Kaufkraft der Mark vermindert,  
bleiben Gewerbebetriebe und Grundbesitz im wesentlichen von der  
Geldentwertung verschont.

Deshalb schlägt der Entwurf einen schgemäßen Ausbau des  
Reichsnotopfergedankens vor. Und zwar in der Weise, daß zwar

### Hilfe für Rußland!

Ein Aufruf des ADGB.

Der Einladung der Vereinigten Kommunistischen Partei  
Deutschlands, mit ihr gemeinsam eine Hilfsaktion für das von  
Hungersnot und Seuchen schwer bedrohte Rußland zu ver-  
anstalten, konnte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Ge-  
werkschaftsbundes aus Gründen, die einer Erörterung hier  
nicht bedürfen, nicht Folge leisten.

Es fehlt uns aber nicht an Mitgefühl mit den notleidenden  
russischen Arbeitsbrüdern und wir weisen auch den Gedanken  
weit von uns, etwa diese Unschuldigen verantwortlich zu  
machen und sie büßen zu lassen für die Sünden der  
jetzigen Gewalthaber in Sowjetrußland, die ihre  
reichen Geldmittel und ihre Sendboten fortdauernd nach  
Deutschland schicken zu dem Zweck, unsere Gewerkschaften zu  
zerstören.

Wir sind überzeugt, daß die große Masse der deutschen  
Arbeiterschaft in dieser Stellungnahme einig mit uns ist.  
Wie aber können wir unsere Solidarität mit den Ar-  
beitern Rußlands bekunden, wie können wir ihnen in ihrer  
schweren Not helfen?

Gewiß ist das Elend in Rußland größer als die Not, von  
der die Arbeiterschaft in unserem eigenen Lande seit Jahren  
heimgequält wird. Aber wir glauben nicht, daß die Arbeiter  
Deutschlands angesichts der Lage, in der sie sich gerade jetzt  
befinden, selbst beim besten Willen imstande sein werden, durch  
Geldsammlungen eine solche Summe aufzubringen,  
mit der gegen die Hungersnot in Rußland irgend etwas aus-  
zurichten wäre.

Brotgetreide und Geldmittel gegen die Hungersnot  
müssen aus den reichen Ländern kommen, sie können un-  
möglich aus dem armen Deutschland erwartet werden.

Deutschland aber muß und wird helfen gegen die  
Cholera und andere Seuchen, die in Rußland wüten.  
Und an dieser Hilfeleistung sollen sich auch die Arbeiter  
Deutschlands beteiligen, soweit es ihre Kräfte erlauben.

In Berlin hat sich am 1. August ein Hilfskomitee zu diesem  
Zweck gebildet, in dem auch der Vorstand des ADGB, durch  
seinen stellvertretenden Vorsitzenden Grafmann vertreten  
ist. Das Komitee hat die ersten Schritte zur Hilfeleistung be-  
reits eingeleitet und wird über die weiter zu ergreifenden  
Maßnahmen in den nächsten Tagen seine Entscheidung treffen.  
Wir werden die Genossen im Reich rechtzeitig darüber  
unterrichtet.

Berlin, den 3. August 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewer-  
schaftsbundes.

(gez.) I. J. Leipzig.

der nach Befehl über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers  
bezeichnete Teil erhoben, im übrigen aber an die Stelle des Reichs-  
betrages des Reichsnotopfers eine laufende Vermögenssteuer mit  
einem zeitlich begrenzten Zuschlag treten soll. Hierbei ist in Aussicht  
genommen, den festen Stichtag aufzugeben und damit  
alle neugebildeten Vermögen zu erfassen, die Steuer in Zeit-  
abschnitten von etwa drei zu drei Jahren oder auch in kürzeren  
Zeitraum zu veranlagern und damit Wertsteigerungen und  
Wertminderungen Rechnung zu tragen, schließlich aber das Vermögen  
unter anderen wirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten zu be-  
werten und damit die schwer empfundene Ungleichmäßigkeit der ge-  
tenden Regelung auszugleichen. Die laufende Vermögens-  
steuer soll von 0,05 bis auf 1 vom Hundert auf-  
steigen und bei nicht physischen Personen 1/4 vom Tausend  
betragen. Hierzu soll auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag  
treten, der physische Personen 300 vom Hundert, für nicht physische  
Personen 150 vom Hundert der Vermögenssteuer beträgt. Jede Be-  
günstigung des wachsenden Vermögens soll beseitigt und dadurch der  
Druck auf das Betriebs- und Grundvermögen vermehrt werden. Die  
Belastung durch die Vermögenssteuer und den Zuschlag wird in  
vielen Fällen einen Eingriff in die Vermögenssubstanz unvermeidlich  
machen.

Der Entwurf will aber jeden Zwang zu unwirtschaftlicher Ab-  
gabe von Teilen der Substanz vermeiden, es vielmehr der eigenen  
wirtschaftlichen Entschleunigung überlassen, in welcher Weise der  
Steuerpflichtige die regelmäßig nicht aus seinen Einkünften trag-  
bare Steuerlast abzurufen will. Zur Grundlage der Wertermittlung  
soll grundsätzlich der gemeine Wert, wie ihn die Reichs-  
abgabenordnung umschrieben hat, gemacht werden. Da aber in einer  
Zeit ständiger Bewegung der Mark mit den herkömmlichen Mitteln  
der Wertberechnung nicht auszukommen ist, sollen für die Dauer des  
Zuschlages für alles Vermögen, das nicht als Kapitalvermögen  
der Abwärtsbewegung der Mark folgt, besonders der Wert-  
bewegung angepaßte Bewertungsgrundfuss gelten. Diese Grund-  
fuss sollen von dem Reichsminister der Finanzen nach Anhörung  
des Reichsrates sowie von berufenen Vertretern der verschiedenen  
Erwerbszweige sowie unter Beteiligung des Reichswirtschaftsrates  
mit bindender Kraft erlassen werden. Sie sollen dem Wertstand der  
Mark Rechnung tragen und bei dem Betriebsvermögen, insbesondere  
auf Gewinn und Umsatz des Unternehmers, Rücksicht nehmen. Da-  
bei soll angeordnet werden können, daß der Wertberechnung feste  
Durchschnittsfuss zugrunde gelegt werden. Das Ziel der Bewer-  
tungsregeln soll und muß sein, die Sachwerte voll und ganz  
in entsprechender Weise zur Abgabe heranzuziehen. Inwieweit  
Zahlungen über den beschleunigt zu entrichtenden Teil des Reichs-  
notopfers hinaus geleistet worden sind, sollen sie unter entsprechen-  
der Verzinsung auf die Vermögenssteuer angerechnet oder auf An-  
trag in den gleichen Zahlungsmitteln erstattet werden, in denen sie  
entrichtet worden sind.

14. Entwurf eines Vermögenszuwachssteuergesetzes. — An die  
Stelle des geltenden Besteuerungsgesetzes soll im Anschluß an die  
unter Ziffer 13 erwähnte Vermögenssteuer eine Vermögens-  
zuwachssteuer treten, bei der die Wertung des Vermögens nach  
den gleichen Grundfuss wie bei der Vermögenssteuer er-  
folgen soll. Vermögen, die nicht mehr als 100 000 Mark  
betragen, und ein Zuwachs, der 25 000 Mark nicht übersteigt,  
sollen von der Steuer freibleiben. Der Steuerfuss soll mit  
1 vom Hundert für die ersten 100 000 M. beginnen und bei Zu-  
wachsbeiträgen über 5 Millionen M. den Höchstfuss von 10 vom  
Hundert erreichen.

15. Entwurf eines Gesetzes über die Abgabe vom  
Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Die Entwertung der  
Mark seit dem Jahre 1919 hat auf der einen Seite manchem Ver-  
mögen nur einen Bruchteil ihrer früheren Kaufkraft gelassen, auf der  
anderen Seite riesenhafte Gewinne geschaffen, riesenhaft selbst unter  
Berücksichtigung des Umstandes, daß es sich nicht um wertvolle Gold-  
mark, sondern um entwertete Papiermark handelt. Diese Gewinne  
müssen zur Besteuerung herangezogen werden. Trotz des Bedenkens,  
daß hierdurch eine verstärkte Steuer- und Kapitalflucht  
oder eine sinnlose Verschwendungssucht oder sonstige unproduktive  
Wirtschaftsführung herbeigeführt werden kann. Es sollen in erster  
Linie die großen Gewinne, die in direkter oder indirekter Nachwirkung  
des Krieges gemacht worden sind, zur Steuer herangezogen werden.  
Dabei muß ebenso wie bei den Kriegsgewinnen von einer Begriffs-  
bestimmung der Nachkriegsgewinne abgesehen werden und die Be-  
steuerung unter Schonung des mäßigen Zuwachses den  
in der Nachkriegszeit entstandenen Vermögenszuwachs erfassen. Ver-  
mögen bis zu 200 000 M. sollen von der Abgabe befreit bleiben,  
ebenso ein Zuwachs von nicht mehr als 100 000 M. Die Steuerfuss  
sollen sich zwischen 5 und 30 vom Hundert bewegen, und die Bewer-  
tung soll bei dem Kapitalvermögen und dem umlaufenden Betriebs-  
kapital nach dem gemeinen Wert, das Grundvermögen und das  
stehende Betriebskapital dagegen nach Wahl des Steuerpflichtigen  
mit dem gemeinen Werte oder mit den Herstellungskosten angelegt  
werden.

Die unter Ziffer 1-3 bezeichneten Entwürfe liegen dem Reichstag bereits vor; die übrigen Entwürfe sind entweder bereits dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat vorgelegt oder werden diesen Körperschaften in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Die vorstehend unter Nummer 8, 11, 12, 13, 14, 15 aufgeführten Entwürfe wollen die Belastung des Besitzes soweit als irgend möglich weiten ausbauen; zieht man weiter noch in Betracht, daß der Besitz auch noch von den Ertragssteuern der Länder und Gemeinden erfasst wird, so ergibt sich, daß die Gesamtbelastung durch direkte Steuern gegenwärtig und künftig mit der Belastung durch indirekte Steuern im Gleichgewicht steht und dadurch dem Grundbesitz einer ausgleichenden steuerlichen Gerechtigkeit Rechnung trägt. Ob und inwieweit es möglich ist, noch auf anderem Wege als dem der Besteuerung den Besitz zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, unterliegt noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts.

## Ein politischer Skandal.

### Das Kesseltreiben gegen Müller-Brandenburg.

Das reaktionäre Treiben gegen den Genossen Major Müller-Brandenburg in Thüringen nimmt nachgerade größte Formen an. Die nationalstische „Thür. Allg. Zeitung“ behauptete, Müller-Brandenburg hätte sich um die Aufstellung als Landtagskandidat für die SPD. in Thüringen bemüht; ferner würde das gegenwärtig schwebende Verfahren gegen Müller zu einer großen Aktion ausgebaut. Genosse Müller-Brandenburg sandte nun an unser Thüringer Parteiblatt den folgenden Brief, der geeignet ist, die schamlose Heße der thüringischen Reaktion in ihrer ganzen inneren Verlogenheit bloßzustellen.

Die „Thür. Allg. Ztg.“ behauptet in ihrer Nr. 211, ich hätte mich um die Aufstellung als Landtagskandidat für die SPD. in Thüringen bemüht. Ich stelle hiermit fest, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort ist, dementsprechend alle daran geknüpften weiteren Behauptungen der „Thür. Allg. Ztg.“ wie auch ihre Betrachtungen hierzu aus der Luft gegriffen sind. Ich stelle ferner fest, daß die weiteren Behauptungen des genannten Blattes, das mein Fall sich noch vor den Wahlen zu einem Skandal erster Ordnung auswachsen werde, nur so zu verstehen sind, daß die Kreise um Höfer (Landbund! Red. d. B.), von Eichel-Streiber usw. die Absicht haben, einen politischen Skandal aus meinem Fall zu machen. Diese Kreise sind allerdings skrupellos genug, meinen Fall, der eine einzige Anklage wider sie selbst ist, den sie mit Hilfe unerhörter Verleumdungen und bewusster Lügen in die Wege geleitet haben, für ihre Wahlzwecke zu benutzen. Das können sie jedoch nur, wenn sie der Wahrheit ins Gesicht schlagen.

Weiterhin stelle ich entgegen den Behauptungen des oben genannten Blattes fest, daß der Reichsanwalt bzw. sein Vertreter meinen beiden Rechtsbeiständen (den Herren Dr. Kieß, Jena, und Dr. Graf, Leipzig) gegenüber mehrfach abgelehnt hat, das Hauptverfahren zu eröffnen. Ich habe daraufhin in vergangener Woche persönlich in Leipzig Vorstellungen erhoben. Der Vertreter des Reichsanwalts hat mir jedoch erklärt, daß es ihm nicht möglich sei, das Hauptverfahren zu eröffnen, da das vorgelegte — auch das Material in Weimar — keine Basis zur Anklageerhebung geschaffen habe.

Es ist auch dem Reichsanwalt nach dessen Erklärung mir gegenüber nicht gelungen, den Kronzeugen wider mich, den Herrn Lampel aufzutreiben. Solange man aber Lampels nicht habhaft wird, kann der Reichsanwalt sich gar nicht darüber äußern, ob das Verfahren eingestellt werden kann oder weiterzugehen hat. Mein Einwand, das Hauptverfahren zu eröffnen, dann werde Lampel vielleicht auftauchen, wurde als nicht in Frage kommend abgelehnt. Der politische Skandal liegt also in der Tatsache, daß der Kronzeuge der Reaktion sich seit April d. J. drückt und sich der eiblichen Vernehmung durch den Reichsanwalt entzieht. Ich stelle dies hiermit vor der Thüringer Öffentlichkeit fest.

Müller-Brandenburg, Major a. D.

## In's Freie.

Von Alfred Hein-Königsberg.

Wir entnehmen einem neuen Prosabuch von Alfred Hein: „Die Braunschweiger Reife“ (Eindeutung einer sippischen Kinderschaft) das folgende Stimmungsbild, das die Nacht des Großvaters ins weisse Land schildert. Das Buch erscheint demnächst im Verlag von Heinrich Wittenberg, Dresden-Leipzig, mit Bildern von Franz Hein.

Der Tag der Abreise naht. Der schwarze Bahnhof ist Tor zur Befreiung. Ein wenig Grün schimmert schon, schaut man durch die Halle. Wir steigen ein. Der Zug fährt. Grün wird's. Siebel kommen. Sonntagmorgenglocken. Und tausend Verchen! Die Seele probiert; Manchmal kann sie die Jubellieder schon hoch ins Blau begleiten, — da aber entfaltet man mir gegenüber eine schreierische Zeitung, ich stürze ab in das Gerümpel von Partei- und Diplomatensphrasen. All die Schlagworte, wie Dualismen schießen sie mir in die Augen. Flucht der Gedanken zur Geliebten. Hand in Hand verlinkt. Friede naht wieder leis. Ein stilles Dorf. Diesen Bahnhof hat man noch nie „gestört“, „gestört“. Weinblatt zittert um seine Türle, Kinder spielen um ihn. Gute Glodenblumen singen ihn in den Schlaf, sobald der Zug und die knallig rote Mütze des „Stationsvorstandes“ wieder in der Behausung verschwinden sind. Dann wieder Wiesen, Wald, Haus, Bach, Tal, Tal, Bach, Haus, Wald und Hügel, Blumenrain, stille Straße, Kinderlachen, eine gute Bauernfrau, Heuwagen, Wehrenselder, froher Mohn, friedliche Kornraden, Mühle, Wald, Dorf, Bach, Tal, Tal, Bach, Haus, Wald und — Schlote, Säune, Mauern, Fabriken — ach wieder eine Stadt. Freundlicher als jenes Konstrum, das wir verlassen. Siebel leuchten hervor. Alte treue Lärme. Nur der Bahnhof pröht mit seinem nächsten Backsteinbau und seinen Wellblechhallen, mit seiner Bierbude. Knotenpunkt der Berliner Strecken! Welche Wichtigkeit! Man muß sich modern geben, auch wenn man Siebel und Spitzen aus dem 12. Jahrhundert besitzt. Ehe der Kerger sich festnagt, fliegt der Zug waldhinein, noch einmal grüßt des schmucken Städtchens Runterbunt.

Immer tiefer in den grünen Frieden! Wir steigen aus. Der Wagen wartet. Eine sonnige Fahrt mitten in den Sommer hinein steht bevor. Pferdegeruch. Der Kutscher hat ein gutmütiges Gesicht. Kinder im leichten Kleid und barfüßig zwischen all den Halmen, Gärten und Heuhaufen. Das stille Wäldchen der Blumen umträumt gut. Alles tut sich auf. Schon fahren wir. Ganz verkommen bin ich in den Wagen gestiegen. Alles verschmiegt sich in den Wald. Augen schließen sich unter süßer Vogelmelodei. Es ist zum Kindwerden alles wieder. O diese sich leicht hinabsenkende Lichtung zur grünen Blütenbühne. Ein Theater für Eisen und Feen. Oder noch schöner als dieser romantische Traum ist das wirkliche Drama der

Je erregter sich die Deutschnationalen in der Angelegenheit Müller-Brandenburg benehmen, um so mehr bekommt man den Eindruck, daß sie ein äußerst schlechtes Gewissen haben und eine schleunige Erledigung des Falles fürchten. Es wird eine der ersten Aufgaben des neuen thüringischen Landtages sein, volle Klärung in diese merkwürdige Angelegenheit zu bringen.

## Nichtwähler und Bürgerblock.

Die kommenden Berliner Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Der „Lokal-Anzeiger“ predigt seinen Lesern und insbesondere den Nichtwählern, die das vorige Mal zu faul gewesen seien, einen Stimmgeld abzugeben, die Notwendigkeit, jetzt die rote Mehrheit zu zerbrechen. Dabei wird alles Glend, alles Unglück der Stadt Berlin, jede Nachkriegswirtschaft und sogar die Besteuerung des Wohnungslurus als schauerliche sozialistische Sünde vorgeführt, die unbedingt getötet werden müsse. Man schließt mit der Einheitsparole: „Der Gegner steht links! Bürger Berlins, vereinigt Euch!“

Die Bestrebungen auf Bildung eines Bürgerblocks wollen nicht zur Ruhe kommen, obwohl von verschiedenen Seiten ziemlich eindeutige Ablehnungen gekommen sind. Jetzt fordert der „Bürgerblock“, dies bekannte reaktionäre Gebilde, zur Sammlung von Mitteln auf, um eine Einheitsfront der bürgerlichen Parteien herzustellen, die bürgerlichen Wählermassen aufzutreiben und sie am Wahltage an die Urne bringen zu können, damit die rein sozialistische Mehrheit vernichtet werde.

Es ist noch nicht aller Tage Abend. Ob es gelingt, in Berlin die sozialistische Mehrheit zu vernichten, das hängt ja nicht allein von den Freunden des Bürgerblocks ab. Möglich wird das nur sein, wenn unsere Anhänger, wenn das werktätige Volk seine Pflicht nicht tut.

## Die Gelder der Unterstützungskommission.

Jetzt beginnt die „Rote Fahne“ auf die Angriffe gegen die ihr nachstehenden Leute der kommunistischen „Roten Hilfe“ mit ausführlichem Material zu antworten. Wir müssen die Richtigkeit jener Angaben der „Roten Fahne“ überlassen, wir werden zu dem Gesamtkomplex der Fragen erst Stellung nehmen, wenn die zuständigen Instanzen sich mit der Angelegenheit abschließend beschäftigt haben. Heute sei nur mitgeteilt, daß die „Rote Fahne“ Emil Barth vorwirft, daß er sich in der Zeit vom Januar 1919 bis zum Mai 1920 nicht im geringsten um die Geschäfte der Unterstützungskommission gekümmert habe. Erst im Mai 1920 habe er wieder Interesse an deren Geschäften gezeigt, allerdings nur, um von ihren Geldmitteln 140 000 M. zugunsten des Geschäftsunternehmens der „Freiheit“ abzuheben. Das sei verhindert worden. Im September 1920 habe er nochmals versucht, aus den Geldmitteln der Unterstützungskommission ein Darlehen von 200 000 M. für die „Freiheit“ zu erhalten. Diese habe als Sicherheit zwei Schwaßmaschinen angeboten, obwohl sie noch Eigentum der Lieferanten gewesen seien. Aus diesen Gründen und wohl auch aus andern bisher nicht ausgesprochenen habe man Barth aus der Leitung der Unterstützungskommission ausgeschaltet. Die feindlichen Brüder scheinen einander wert zu sein.

Die kommunistische „Rote Hilfe“ sendet uns unter Berufung auf den § 11, also unter Stützung auf ein „kapitalistisches Schandgesetz“, die nachstehende Berichtigung. Wir hätten die Mitteilung ohnedies aufgenommen, weil ihre Feststellung doch beweist, daß die Stelle, die die Gelder wirklich bekommen hat, sich immer noch in ein merkwürdiges Dunkel hüllt.

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 3. August (Nr. 179) erklärt Herr Emil Barth u. a. folgendes: Da die Abrechnung am 16. November 1920 abschloß und am 18., 19. und 20. November 1920 375 000 M. abgehoben worden sind, so glaube ich wohl nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß nach der Abrechnung am 15. April im Laufe der nächsten Tage die gesamte Summe oder große Teile derselben der „Roten Hilfe“ überwiesen wurden.

Wir erklären dazu, daß wir von der Berliner Unterstützungskommission keinen Pfennig erhalten haben.

sechs Linden da drüben im Wald. Sie leben wie ich. Haben Sturm, Wetter, Glanz, Tod, Schlaf, Traum, Kauschen und Singen. In ihnen wohnen die lustigen Weisen und die traurigen Nachtigallen. Wir sind genau so festgewachsen und wir sind genau so gewollt von den großen Mächten der Natur. Nur glaubt jeder frei zu sein. Werde still und beschneide wie diese Bäume, und du bist frei! Der Gedanke hängt feig Gold an, er macht ganz naht. Auch die sechs Bäume sind naht. Der ganze Wald. Und unsere Seelen fliegen pompös einher. So ist's recht!

Fahrt geht im Flug. Ein Bauernhof schlängelt sich kreuz und quer durch die Felder. Kirchen werden langsam schon rot. Feuerlilien eine ganze Weile den Rain entlang. Roter Mohn, weißer Mohn, weißer Klee, roter Klee! Das alles blüht wie ein, altnen den Sinnen. Duftes's seltsam süß aus einem Garten, einer Herde Göklein klingeln, ein Kind spricht mit seiner Mutter, im Wald der Kuckuck, eine lustige Wölchensstimme am Himmel, grämiger Stadtmenschen Geschrei lächeln auf — nie wird des Augenblickes Duft, Klang und Bild vergessen: Größtes Erlebnis: Glück...

Doch die Frierlichkeit der Natur wird nie bratenroter oder postellich. Sie malt flugs etwas Alliges hin! Sieh diesen Hügel! Ist er nicht wie eine Glatze, auf der die dünnen Ähren, zu einer Raupe geformt, herausstrecken? Alte schnurrige Oberlehrer fallen einem ein: Schulstangenstreiche...

Alles tut sich abermals auf. Der Wagen fliegt von Ueber-raschung zu Ueber-raschung. Denn die Rhythmen noch nie gesehener Landschaften bewegen heftig die Seele. Sie sind neue Inbegriffe für das Gleichmaß der natürlichen Dinge in all ihrer scheinbaren Willkür und ihrem Hingeworfensein. Das Geheimnis der harmonischen Farbenübergänge bewegt uns aufs neue.

Die Pferde ziehen an. Die Hunde bellen. Am Stall vorbei: Mist flinkt heraus. Man empfindet es als Wohlthat. Das kleine Gut ist eingeschmiegt in große, alte Bäume. Linden sind darunter, leise duftend... Im letzten Augenblick wendet der Wagen, begleitet von einem zeitendünen Bächlein, nach links, ein breiter Hof, das helle Haus! Menschen in der Veranda winken und lachen!

Das größte Eisenbetonschiff, das bisher für die Binnenschiffahrt erbaut wurde, ist dieser Tage auf der Mindener Eisenbeton-Werft fertiggestellt und seinem Elemente übergeben worden.

Das Schiff, dessen Länge 67 Meter, dessen Breite 8,6 Meter und dessen Höhe 2,25 Meter beträgt, ist nicht, wie bisher üblich, in Holzschalung an Land gegossen, sondern in einem Schwimmdock in Spritzbeton hergestellt. Durch Abjäten des Docks auf den Grund des Mindener Industrieflusses wurde das Schiff entlastet und nach Definen einer Dauerlaufausführung. Dadurch wird der bei Betonschiffen besonders unangenehme Stapellauf erspart, und das Bau-dock nach dem Auspumpen sofort für den nächsten Bau verfügbar. Durch das übertragene arbeitende Spritzverfahren und die genaue Berechnung der ganzen Konstruktion ist der Hauptfehler der Beton-

## Allerhöchst genehmigt!

Folgendes Schriftstück ging uns im Original zu: Besitzzeugnis.

Dem Referatskommissar... sind in Anerkennung seiner seit 5 Jahren zufriedenstellenden Dienstführung auf Grund der Allerhöchst genehmigten Vorschriften über die Dienstkleidung der preussischen Staatseisenbahnbeamten die einsachen goldenen Plattschnüre als äußerlich erkennbare Auszeichnung verliehen worden, worüber dieses Besitzzeugnis ausgestellt ist.

Sagan, den 14. Juli 1921.

Der Vorstand des Eisenbahnmachinenamts (gez.) Heiff.

Es wäre von Interesse zu erfahren, wer die „Allerhöchste Genehmigung“ zur Verleihung der Abzeichen erteilt hat. Wenn man berücksichtigt, daß Duzende solcher allerhöchst genehmigter Vorschriften heute noch bestehen, so erkennt man, daß hiermit ein ganz bestimmter Zweck verfolgt wird. Dieser besteht nämlich darin, den Beamten zu suggerieren, daß die republikanische Verfassung nur ein Uebergangsstadium bedeutet und demzufolge keine Aussicht hat, in Zukunft beibehalten zu werden. Die stille Ministerarbeit, die von diesen kleinen Schädlingen ausgeübt wird, wächst sich nachgerade zu einer Gefahr aus, die zu bekämpfen die zuständigen Behörden bisher weder Mut noch Neigung gezeigt haben.

## Kriegsbeschädigte raus!

Vom Reichshund der Kriegsbeschädigten, Gau Westfalen, wird uns geschrieben:

Die Erfahrung der Kriegs- und Nachkriegszeit haben den Kriegssopfern zur Genüge gezeigt, daß der bekannte „Dank des Vaterlandes“ höchstens bis an die Geldbeutel derjenigen Kreise herantreibt, die dieses Wort einmal im Laumel der National- und Kriegskonjunkturgefühle geprägt haben. Selbst ein großer Teil unserer Reichs- und Staatsbehörden hat zusammen mit diesen Konjunkturritten den Beweis besonderer Gedächtnisschwäche gegenüber den Kriegssopfern erbracht. Das stärkste Stück auf diesem Gebiete leistet sich zurzeit Generalleutnant von Lohberg in seinem Rundschreiben Nr. 78 vom 3. Juni 1921 — Abt. 2b 6721. — Er bespricht dort die Selbstbewirtschaftung der Militärantennen und empfiehlt — besser gesagt besteht — dem ihm unterstellten Truppenteil des 6. Wehrkreises, zum 1. Oktober 1921 sämtlichen Inhabern von Militärantennen zu kündigen, desgleichen die von ihnen innegehabten Wohnungen zu kündigen. Nötigenfalls sollen andere Räume befragt werden. Ausdrücklich betont Herr von Lohberg in dem besagten Rundschreiben, daß dieser Plan die besondere Billigung des Herrn Reichswehrministers gefunden habe. Es steht nun fest, daß ein großer Teil dieser Kammerpächter Kriegs-, zum Teil Schwerekriegsbeschädigte sind, die zum 1. Oktober d. J. durch freundliche Vermittlung des Herrn Lohberg arbeitslos werden.

An alle Kriegssopfer Deutschlands ergeht von hier aus die dringende Bitte, geschlossen gegen ein derartiges unwürdiges Verhalten Front zu machen. Tausende von Resolutionen muß der Reichswehrminister in den nächsten Tagen und Wochen erhalten, damit er verstehen lernt, daß die große Masse der Kriegssopfer nie und nimmer ein derartiges Vorgehen dulden wird. Der vorliegende Fall bietet reichlich Gelegenheit, den Lugiasfall in der Reichswehr gründlich zu reinigen. Es ist vielleicht eine Herkulesarbeit, aber der Reichswehrminister darf versichert sein, den Dank der breiten Volksmassen zu erringen, wenn hier eine Arbeit gemacht wird.

## Einigung im Landarbeiterstreik.

Von der Pressestelle der Mecklenburg-Schweriner Ministerien wird mitgeteilt, daß Freitag auf Einladung des Staatsministeriums eine Sitzung mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfand, in der eine Einigung im Landarbeiterstreik herbeigeführt worden ist. Es wurden Vereinbarungen über Lohn-zulagen getroffen, welche vom 1. August ab Geltung haben. Ferner sollen Kündigungen in geeigneten Fällen wieder rückgängig gemacht und versucht werden, gefährdete Arbeiter anderweitig unterzubringen.

schiffe, das große Gewicht, fast ganz beseitigt. Das jetzt entfaltete Schiff hat nur einen Tiefgang von 50 Zentimeter, also nur zirka 5 Zentimeter mehr als gleichgroße eiserne Schiffe. Damit ist die technische und wirtschaftliche Gleichberechtigung des im Betriebe viel billigeren Betonschiffes auch für die Binnenschiffahrt erwiesen.

Denkmal für Emil Fischer. Die Interessengemeinschaft der Deutschen Farbenindustrie will dem großen Chemiker Emil Fischer in Berlin ein Denkmal errichten. Der Magistrat hat zugestimmt und eine Stelle auf dem Luisenplatz (gegenüber dem Koch-Denkmal) zur Verfügung gestellt.

Ein internationaler Kongress der Augenärzte wurde am Donnerstag in Wien eröffnet. Das erste Referat hielt Professor Lidoff-Vorlin über den grünen Star und seine Operationsmethoden. Im ganzen sind 43 Vorträge und 20 Vorführungen in Aussicht genommen. Frankreich, Belgien und England haben den Kongress nicht befehligt, aus allen übrigen Staaten sind die hervorragendsten Augenärzte erschienen.

Die gebildete Steuerbehörde. Im Londoner Lyric-Theater wird gegenwärtig „Beggars Opera“ aufgeführt, das Meisterwerk des Dichters John Gay, der um die Wende des 17. Jahrhunderts gelebt hat. Das Stück hatte seinerzeit die für die damaligen Verhältnisse gewaltige Zahl von 63 Aufführungen erreicht und das auf der englischen Bühne herrschende italienische Lustspiel völlig verdrängt. — Der heilige Bureaucratismus ist aber in England ebenso gebildet wie anderswo, und so kam es, daß die Direktion des Theaters jetzt unter der Adresse „John Gay, Esq.“ ein Schreiben der Steuerbehörde empfing, in dem eine Auffstellung der von dem Autor von „Beggars Opera“ im Laufe der letzten Jahre bezogenen Lantienmen verlangt wurde. — Der Berner „Gegenwärtige Adresse unbekannt“, mit dem die Direktion den Brief zurücksendete, wird die Steuerbehörde jedenfalls zu weiteren gewissenhaften Nachforschungen veranlaßt haben.

Ein Denkmal für den Erfinder der Gänseleberpaste. Pariser Blätter melden, daß man in Strahburg das Bedürfnis fühlt, dem Erfinder der Gänseleberpaste, einem Koch namens Rlose, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts lebte, ein Monument zu setzen.

Da die Gänseleberpaste ein wertvolles Geschenk ist, das die Stadt Strahburg der französischen Kultur verdankt (das Räusler ist bekanntlich deutschen Ursprungs), so wird man dieses Bedürfnis verstehen und stillen können.

Erstaufführungen der Woche. Sonn. Rose-Theater: „Jugend“. — Sonn. Volkstheater: „Der Oberkellner“. — Theater in der Königgräber Straße: „Kotul“.

Ein Buch über Aidsener hat Lord Escher unter dem Titel „Die Tragödie Lord Aidseners“ geschrieben, das der Verlag von Murray anzeigt. Es beruht in der Hauptlage auf Logenbuchnotizen des Verfassers, die sich auf seinen täglichen Verkehr mit Aidsener beziehen.



